

Fleur Denkinger

Allgemeine Geschäftsbedingungen und ihre rechtliche Bewältigung - Quo vadis, Europa?

Zugleich ein Beitrag zu Vertragsfreiheit
und Vertragsgerechtigkeit



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
1. Kapitel: Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit	15
1. Die Standarte des Liberalismus: die Vertragsfreiheit	15
II. Die neu verstandene Vertragsfreiheit: Besinnung auf die Realität	18
2. Kapitel: Das deutsche Judikativ-Modell: Wohlfahrt durch Rationalisierung	24
I. Die Lösung vor der Geltung spezifischen Rechts	24
1. Die Ägide des deutschen Reichsgerichts	24
2. Die Lösung des deutschen Bundesgerichtshofs	26
a. Ludwig Raiser	26
b. Der ordnungspolitische Ansatz	28
c. Der sozialstaatliche Ansatz	29
d. Der vom Bundesgerichtshof verfolgte umfassende Schutzzweck	30
e. Die Konsequenzen des ordnungspolitischen Ansatzes	32
3. Andere Kontrollmechanismen	33
II. Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen vom 09.12.1976	33
1. AGBG und Verbraucherschutzbewegung	33
2. Die Antwort auf die Mängel einer gerichtlichen Kontrolle	35
3. Richterliche Inhaltskontrolle von vorformulierten Individualverträgen	36
3. Kapitel: Das nordische Administrativ-Modell: Wohlfahrt durch Verbraucherschutz	38
I. Die Lösung nach dem allgemeinen Vertragsgesetz von 1915	38
II. Die Kodifizierung des Problems	39
1. Die schwedische Verbraucherschutzreform 1970-1976 als Ausgangspunkt	39
a. Hintergründe	39
b. Modell des sozialen Verbraucherschutzes	40
2. Konsequenz des Wohlfahrtstaatsgedankens: Vertragsbedingungsgesetz vom 30.04.1971	41
a. Kontrollmechanismus	41
b. Schutzzweck der Kontrolle	43
3. § 36 Vertragsgesetz in der Neufassung von 1976: justizielle Inhaltskontrolle	44

a.	Die gesetzliche Grundlage	44
b.	Die zurückhaltende Handhabung durch die Rechtsprechung	46
4.	Vertragsbedingungsgesetz vom 17.05.1984: Schutz auch des Kleinunternehmers	46
III.	Andere Kontrollmechanismen zugunsten des Schutzes vor unbilligen Klauseln	47
IV.	Die justizielle Inhaltskontrolle in Großbritannien	47
4. Kapitel:	Französische Zurückhaltung: die Dominanz der Rechtssicherheit	49
I.	Die Rechtsfigur des „contrat d'adhesion“ und die Haltung der früheren Rechtsprechung	49
II.	Die Loi Scrivener vom 10.01.1978: Konzept einer Administrativ-Kontrolle	50
1.	Die gesetzliche Regelung	51
a.	Der Schutz des Non-professionnel	51
b.	Der sachliche Anwendungsbereich	53
2.	Mangelnde Effektivität des französischen Administrativ-Modells in der Praxis	54
III.	Der Wendepunkt durch die Cour de Cassation im Jahre 1991: autonome justizielle Inhaltskontrolle	56
	Zwischenergebnis	56
5. Kapitel:	Die Richtlinie 93/13/EWG: ein Mindestschutz	58
I.	Erster Entwurf der EG-Kommission vom Juli 1990	58
II.	Die Regelungen der endgültigen Richtlinie	59
6. Kapitel:	Die Umsetzung der Richtlinie 93/13/EWG in nationales Recht: Minimalharmonisierung und Divergenzen	62
I.	Die Umsetzung des deutschen Gesetzgebers: § 24 a AGBG	62
II.	Die Anpassung des Code de la consommation durch die Loi n° 95-96 vom 01.02.1995	63
III.	Die Reaktion Schwedens: Vertragsbedingungsgesetz vom 15.12.1994	64
IV.	Großbritannien: Unfair Terms in Consumer Contracts Regulations 1999	65
V.	Resümee	66
7. Kapitel:	Die Zukunft: mögliche Perspektiven	67
I.	Handlungsbedarf? - eine Bestandsaufnahme	67
1.	Ziele der Harmonisierungsmaßnahme	67

2.	Erfolg und Misserfolg der Richtlinie 93/13/EWG	69
3.	Bewertung des Status quo durch die Wirtschaftsakteure	69
II.	Der Blick in die Zukunft: Entwurf eines Lösungsmodells	71
1.	Auf der Suche nach dem effektivsten Instrumentarium	71
a.	Die Rechtsform der Richtlinie und der Mindestharmonisierungsansatz	72
b.	Ausarbeitung EU-weiter Standardvertragsklauseln	73
c.	Ausbau von optionalen Rechtsinstrumenten in Form von „Soft Law“	74
d.	Die verbindliche EG-Verordnung	75
e.	Zusammenfassung	76
2.	Vorschlag einer inhaltlichen Ausgestaltung	77
3.	Fazit	80
Anhang:	Ausgewählte Gesetzesmaterialien	81
Literaturverzeichnis		86